



**Bettina M. Wiesmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## PRESSEMITTEILUNG

### **Bettina M. Wiesmann MdB und Ortsbeirätin Christina Ringer (beide CDU): „Familien brauchen Entlastung – Kreative Lösungen für kontrollierte Nutzung von Spielplätzen und öffentlichen Tummel- und Sportplätzen gefragt“**

Berlin/Frankfurt am Main, 22.04.2020

#### **Deutscher Bundestag**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 79552

Fax: +49 30 227 70554

#### **Wahlkreisbüro**

Kurt-Schumacher-Straße 30-32

60313 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 153 099 183

Bettina.wiesmann@bundestag.de

www.bmwiesmann.de

Nach den jüngsten Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene steht fest, dass die jüngeren Kinder in Hessen frühestens Ende Mai wieder in Grundschulen und Kitas gehen können, und selbst dies ist keineswegs gesichert. In jedem Falle stehen vielen Familien viele weitere Wochen beschränkten Kontakts und geringer Betätigungsmöglichkeiten außerhalb der eigenen vier Wände bevor.

Dazu Christina Ringer, CDU-Ortsbeirätin im OBR 2 (Bockenheim, Kuhwald, Rebstock, Westend) und darüber hinaus als Kinderbeauftragte im Ortsbezirk tätig: „Es müssen jetzt dringend Entlastungen kommen. Es häufen sich Hinweise auf Eltern, die im Homeoffice mit kleinen Kindern nicht mehr können. Dezernentin Heilig hat in einer Bürgerfragestunde des OBR 2 zwar zu Recht auf die Hilfetelefone und Netzwerke in Frankfurt hingewiesen, aber das reicht nicht. Wir können nicht ausgehen, dass alle Fälle von Gewalt oder Vernachlässigung gemeldet werden. Es muss präventiv gehandelt und nach Entlastungsmöglichkeiten für Familien gesucht werden.“

„Es ist uns bewusst, dass die jetzt vorgesehenen Lockerungen nur vorsichtig tastende erste Schritte sind. Keinesfalls dürfen wir die bislang beeindruckende Disziplin der jungen Familien mit falschen Signalen aufs Spiel setzen“, ergänzt Bettina M. Wiesmann, direkt gewählte Bundestagsabgeordnete im Frankfurter Norden, Osten und Süden sowie Vertreterin der Unionsfraktion in der Kinderkommission des Bundestags. „Aber gerade um die Bereitschaft der Familien aufrechtzuerhalten, die fortdauernden Einschränkungen hinzunehmen, sind kreative, differenzierte Lösungen notwendig.“

„Viele Familien gehen sehr kreativ mit der schwierigen Zeit um. Auf den Straßen sieht man wieder viele Kreidebilder. Laufräder, Roller und Fahrräder werden intensiv genutzt, und auch das Rollerbladen auf dem Campus Westend ist beliebt“, stellt Ringer fest. „Aber nicht alle Frankfurter Kinder haben Eltern, die sich um sie kümmern können. Bewegung an der frischen Luft ist derzeit keine Selbstverständlichkeit für die Kleinsten, und Kinder, die kein Fahrrad haben, können auch nicht raus an den Lohrberg radeln. Gerade in den innerstädtischen Bezirken sind die Spiel- und Tummelplätze und öffentlichen Sportanlagen wichtige Ventile



fürs Daheimbleiben in oft kleinen Wohnungen ohne Balkon, zumal wenn es jetzt noch sechs, acht oder mehr Wochen so weitergehen soll.“

Angesichts der Jahreszeit und des guten Wetters bringen Ringer und Wiesmann eine kontrollierte und maßvolle Nutzung von öffentlichen Spiel- und Sportanlagen durch Kinder in Begleitung Erwachsener ins Spiel, die auf Basis einer entsprechend veränderten landesrechtlichen Regelung durch städtisches Personal abgesichert werden könnte.

Der Vorschlag umfasst:

- die kontrollierte Zugänglichmachung der öffentlichen Spiel- und Tummelareale bei trockenem Wetter zwischen 9h und 19,
- eine strikte Kontingentierung des Zugangs, z.B. durch Ausgabe einer festen Anzahl von Bändern (je für ein Kind und eine erwachsene Begleitperson),
- Kommunikation und Einforderung scharfer Abstands- und Verhaltensregeln (z.B. nur ein oder zwei Kinder je Spielgerät, häufiges Wechseln, max. eine Stunde insgesamt auf dem Spielplatz etc.)
- Tragepflicht für Mund-Nase-Schutzmasken (ohne technische Vorgabe), auch für Kinder
- Begleitung/ Kontrolle durch städtisches Personal, z.B. Erzieher\*Innen, Mitarbeiter der Jugendhilfe, unterstützt durch Stadtpolizei
- Angebot von „Spielplatzstunden“ für ggf. verkleinerte Kita- oder Tagespflegegruppen während fortdauernder Schließung der Einrichtungen
- Einbeziehung privater Initiativen, z.B. Kinderschutzbund, für Patenschaften und Unterstützung entsprechender Angebote
- ähnliche Lösungen für Zoo und Palmengarten, beschränkt auf die Außenanlagen.

„Wir wollen nicht eine vorzeitige Lockerung der Distanz- und Verhaltensregeln, sondern ihre im Sinne der Familien mit jungen Kindern gesteuerte Anwendung mit städtischen Mitteln. Unser Ziel ist es, für die Fortdauer der unverzichtbaren Beschränkungen die notwendige Akzeptanz zu schaffen und zugleich drohender häuslicher Gewalt, Krankheit und psychischen Beschwerden in ohnehin belasteten Familien mit wirksamer Prävention entgegenzutreten. Belastete Familien brauchen besondere Unterstützung. In einer aktiven Bürgergesellschaft gibt es viele Register, die hierfür gezogen werden können“, sind die Familienpolitikerinnen überzeugt.



Wiesmann abschließend: „Rechtlich bedarf es dazu einer Veränderung der entsprechenden Landesverordnung auf Basis des Infektionsschutzgesetzes. Nachdem zuletzt beschlossen wurde, an der Schließung der Spielplätze zunächst festzuhalten, sollte das Thema aber der nächsten Zusammenkunft der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin am 30.4.2020 dringend wieder aufgerufen werden.“